



## Einführung

Liebe Mitstreiter und Mitstreiterinnen,

aus gegebenen Anlass -

„Merkel-Beraterin: Ohne Geld-Drucken der EZB käme alles noch schlimmer“  
habe ich mal die aktuelle Lage an der Euro-Front zusammengetragen.

Ich habe, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, die aktuelle Lage der Euro- und Staatsschuldenkrise in verständlicher Form geschildert. Die Fakten und Daten habe ich im Internet recherchiert.

Ich hoffe, dieser kleine Überblick und Einblick wird das Wissen und das Verständnis unseres Zukunftsproblems deutlicher machen.

### **„Merkel-Beraterin: Ohne Geld-Drucken der EZB käme alles noch schlimmer**

Die künftige Wirtschaftsweise Isabel Schnabel hat den deutschen Sparerern geraten, ihre Verluste durch die niedrigen Zinsen positiv zu sehen: Ohne das Geld-Drucken der EZB wäre alles „noch viel schmerzhafter und teurer“. So kann man die Opfer der Schulden-Krise natürlich auch zu weiterem Leiden motivieren.“ Quelle | Deutsche Wirtschafts Nachrichten | Veröffentlicht: 21.06.14

„Der Präsident des CDU-Wirtschaftsrates, Kurt Lauk, ließ keinen Zweifel, dass die Maßnahmen der EZB von der Bundesregierung gutgeheißen werden und einem klaren politischen Ziel dienen: „Im Übrigen hilft die Zinssenkung auch dem deutschen Bundeshaushalt. Was dem deutschen Sparer schadet, trägt zum Haushaltsausgleich bei.“ Die EZB wird die Zinsen vier Jahre lang nicht erhöhen. Merkel und Schäuble sind entschlossen, den Euro auf Kosten der deutschen Sparer zu retten.

Lauk betonte, dass der Euro ohne Solidarität mit anderen Euro-Ländern (Euro-Bonds) nicht zu haben sei. „Die EZB hat kurzfristig erneut Zeit für die Politik gekauft. Dies sei derzeit angemessen, stelle aber „mit Sicherheit langfristig keine Lösung dar“. Die Zinspolitik der EZB zeige vielmehr, dass die Eurokrise nicht beendet sei.“

Quelle | Deutsche Wirtschafts Nachrichten | Veröffentlicht: 21.06.14

Nun ist es offiziell: Die Enteignung der deutschen Sparer wird als notwendig bezeichnet, um die Euro-Zone zu stabilisieren. Zwar räumt die CDU ein, dass die niedrigen Zinsen das Problem nicht dauerhaft lösen. Doch die Kanzlerin lässt keinen Zweifel daran, dass die finanzielle Repression gegen die Bürger fortgesetzt wird.

Das sind bemerkenswerte Aussagen: Damit gestehen höchste Regierungskreise ein, dass die Strategie der Euro-Rettung auf Kosten der Sparer ganz bewusst verfolgt wird. Jeder, der ein kleines Vermögen für das Alter zurückgelegt hat, muss auf der Hut sein. Mit dem Sparbuch verlieren die Bürger wegen der Kaufkraft reales Geld. Das Risiko von Banken-Crashes ist längst nicht vom Tisch.



## **„Sparkassen: EZB zerstört Vermögenswerte**

Der Chef der Sparkassen, Georg Fahrenschon, hat mit scharfen Worten auf die Zinssenkung der EZB reagiert. Das "Geld quillt jetzt schon aus allen Ritzen". Die stabilen Banken in Europa würden durch diesen Kurs gefährdet.

Auf einem „gefährlichen Weg“ sieht der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Georg Fahrenschon, die Europäische Zentralbank (EZB) mit ihrer Entscheidung, ihre Niedrigzinspolitik noch zu vertiefen. „Die Zentralbank erzeugt zunehmend gefährliche Nebenwirkungen. Statt der erhofften Impulse für die Wirtschaft in den Krisenländern werden durch die erneute Zinssenkung die Sparer in ganz Europa weiter verunsichert und Vermögenswerte zerstört“, so Fahrenschon.

Mit ihren Maßnahmen mache die EZB die Finanzmärkte auch nicht stabiler. „Im Gegenteil, das überreichliche Geld quillt schon jetzt aus allen Ritzen und sucht sich immer riskantere Anlagemöglichkeiten. Gleichzeitig belasten die dauerhaft niedrigen Zinsen zunehmend das Geschäft der realwirtschaftlich orientierten und stabilen Kreditinstitute. Die daraus entstehenden Gefahren muss die Zentralbank stärker berücksichtigen.“

Die Europäische Zentralbank bleibe aufgefordert, alles zu unternehmen, um sich wieder Handlungsspielräume zu erarbeiten. „Wir brauchen in Europa dringend deutliche Signale für eine wohlüberlegte und behutsam verwirklichte Kurskorrektur“, so Fahrenschon.“ Quelle | Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 05.06.14



## **Wie der Euro die Wirtschaft Europas zerrüttet hat**

Als im Herbst 2011 Zehntausende ihrem Unmut über die Euro-Krise Luft machten und in Europas Metropolen gegen „Bankster und Spekulanten“ auf die Straße gingen, beteiligten sich Europas Politiker rege an diesem Kesselreiben. Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte großes Verständnis für die Proteste.

Die Politiker haben ihre Gründe für solche Manöver, denn in Wahrheit geht die Eurokrise vor allem auf ihre Kappe. Neben dem Motiv, vom eigenen Versagen abzulenken, ist aber auch ein gerütteltes Maß Realitätsverweigerung im Spiel. Lange Zeit begriffen große Teile der Politik die Eurokrise als bloße Staatsschuldenkrise.

Inzwischen hat ein Umdenken stattgefunden. Gegenüber der Öffentlichkeit tun die Politiker allerdings nach wie vor so, als müsse nur die Schuldentragfähigkeit der Krisenstaaten wiederhergestellt werden, damit alles wieder ins Lot kommt.

Tatsächlich geht die Krise aber viel tiefer, denn im Kern handelt es sich bei der Eurokrise nicht um eine Staatsschuldenkrise, sondern um eine schwere Strukturkrise der Gemeinschaftswährung, die sich als Zahlungsbilanzkrise mehrerer europäischer Volkswirtschaften manifestiert.

Diese Zahlungsbilanzkrise wurde durch hohe Leistungsbilanzdefizite ausgelöst und in der Folge durch Kapitalflucht weiter verschärft.

Oder mit einfachen Worten ausgedrückt: In jedem der Krisenländer hat nicht nur der Staat, sondern die gesamte Volkswirtschaft dauerhaft über ihre Verhältnisse gelebt und mehr ausgegeben als eingenommen, bis schließlich kein Geld mehr verfügbar war, um die vielen Importe aus dem Ausland zu bezahlen. Die Staatsschuldenkrise ist nur ein Teilaspekt der Zahlungsbilanzkrise.

Das Brisante dabei: Die Leistungsbilanzdefizite der Krisenstaaten sind das unmittelbare Ergebnis des politischen Projekts Europäische Währungsunion.

Der Euro selbst ist die eigentliche Ursache der Krise, nicht die EU, – doch diese Wahrheit auszusprechen ist in Deutschland nach wie vor tabu.



## Hauptverlierer ist die deutsche Mittelschicht

Damit ist klar, wer die Hauptverlierer des Euro-Desasters sind:

- Das Kapital der Vermögenden vermehrt sich von alleine.
- Ein Spar- und Vorsorgekapital der unteren Schichten ist nicht vorhanden.
- Der Hauptverlierer des Euro-Desasters ist die deutsche Mittelschicht, deren Spar- und Vorsorgekapital durch Regierungen und Finanz-Eliten zur Plünderung freigegeben ist.

Momentan spielt sich ein ökonomischer Horrorfilm ab, dessen Ausgang kein gutes Ende verspricht. Es findet gegenwärtig die größte Insolvenzverschleppung sowie das gefährlichste Notenbankexperiment aller Zeiten statt. In Anbetracht dessen überrascht die Crashwarnung der EZB\* nicht und muss nun alle alarmieren, wenn selbst in den Elfenbeintürmen der Welt nun die Realität Einzug erhält.

*\*Die EZB hat eine spektakuläre Crash-Warnung herausgegeben. In dem veröffentlichten Finanzstabilitätsbericht vom Mai 2014 - nach der EU-Wahl - warnt die Notenbank angesichts der Rekordjagd an den Börsen vor einem Kurseinbruch. Sollte es tatsächlich zu einem globalen Crash und einer damit einhergehenden Währungsreform kommen, werden die Besitzer von Staatsanleihen besonders verlieren. Das wird vor allem die Lebens- und Rentenversicherungen betreffen. Aber auch das Geld auf dem Sparbuch wird drastisch entwertet.*

## Wahnsinn und Verzweiflung

Was aber nun auch noch folgt, zeugt von Wahnsinn und Verzweiflung und verspricht einem die Sprache. Am 19. Juni berichtete die Financial Times erstmals, dass die EZB sich im großen Stil am Aktienmarkt mit breitangelegten Wertpapierkäufen engagiert hat. Alle Dimensionen wurden mit dieser einen Nachricht gesprengt. Denn jetzt ist es amtlich, dass doch einiges seltsames an den Aktienmärkten vorgeht. Die Notenbanken sind nun zu Zockern geworden.

Da auf Grund der niedrigen Zinsen zweifellos nichts mehr zu verdienen ist, haben sich die Notenbanken aus dem Anlagenotstand nun offenbar auf Investments in Aktien fokussiert. Damit wandert noch mehr Geld in die Märkte und lässt diese weiter anschwellen.

Im Falle eines Crashes an den Aktienmärkten wird es dann auch bei den Notenbanken ordentlich krachen und es stellt sich die Frage, wie die Notenbanken dann wieder aus diesem Schlamassel herauskommen. insbesondere wer dafür gerade steht und den Schaden bezahlt? Die EZB hat beispielsweise ein limitiertes Stammkapital von gerade einmal 8 Milliarden Euro. Es ist daher davon auszugehen, dass die Notenbanken alles Erdenkliche und Verzweifelte tun werden um einen globalen Crash zu verhindern.

Noch nie war mehr Geld im System wie aktuell, nie wurden größere und verzweifeltere Aktionen durchgeführt um ein nachweislich gescheitertes System (Euro) auf Kosten der Menschen künstlich am Leben zu erhalten.

Der finale Kollaps wird die große Depression und den schwarzen Freitag aussehen lassen wie ein Sonntagsspaziergang an einem lieblichen Frühlingstag.



## **Die große Plünderung: Europa auf dem Weg zur Feudal-Herrschaft**

Die Politik der fortgesetzten Plünderung der Bürger durch die Regierungen und die Finanz-Eliten hat die Demokratie in Europa in beispielloser Weise ausgehöhlt. Wir befinden uns auf dem Weg in ein neues Feudalsystem. Diese Entwicklung ist sehr gefährlich: Radikale politische Bewegungen werden nämlich dann stark, wenn demokratisch gewählte Regierungen die ihnen verliehene Macht zum Schaden der Bürger missbrauchen.

Die gigantischen Netzwerke globaler Beziehungen und Abhängigkeiten sind kaum mehr zu durchschauen: Zentralbanken, IWF, G7, G20, EU-Kommission, Rat der EU, Euro-Gruppe. Kein Bürger kann im Grunde mehr beurteilen, wo Gesetze gemacht werden und was in den Gesetzen steht.

Wir erleben die Verwandlung der Demokratie in ein bürokratisches Feudalsystem.

Diese Entwicklung verläuft nicht zufällig. Kleine Eliten aus Politik und Finanzwirtschaft haben die Staaten gekapert und regieren weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die Demokratie ist in Europa so gefährdet wie schon lange nicht.

### Das ist das Ziel der Plünderer:

- Sie wollen keine Demokratie, keine Transparenz, keine Mitwirkung.
- Die Bürger sind für sie lästiges Beiwerk.
- Daher wird alles getan, um politische Entscheidungen, ihre Hintergründe und Auswirkungen, zu verschleiern.

Dinge, die öffentlich kontrolliert werden müssten, werden so komplex dargestellt, dass eine kritische Beurteilung von hoheitlichen Akten nur noch schwer möglich ist. Staatlich-bürokratische Systeme sind ohnehin natürliche Feinde von Aufklärung und Transparenz. Würde der Staat nichts anderes tun, als kompetent und gesetzestreu eine faire Rahmenordnung für alle Bürger verwalten – etwa im Bereich der Steuererhebung – niemand würde an der „Amtsverschwiegenheit“ Anstoß nehmen.

Erstaunlicherweise dringen jedoch vor allem Details der Steuervergehen von Privatpersonen immer wieder an die Öffentlichkeit. Gezielt versuchen Behörden und Politiker, eine Umkehr der Beweislast zu erzwingen. Der Bürger soll das schlechte Gewissen haben.

Wenn es jedoch darum geht, die eigenen Verfehlungen zu verschleiern, berufen sich die Regierungen geradezu exzessiv auf ihr Recht zur umfassenden Geheimhaltung. In einem solchen Klima degeneriert jede Kommunikation zur Desinformation, verkommt das politische Statement zur sinnentleerten Sprechblase.

Die Plünderer wollen, dass ihre Pläne im Dunklen bleiben. Sie behaupten, dass bestimmte Informationen, würden sie bekannt, den Feinden von Demokratie und Rechtsstaat – kriminellen Hackern, Datendieben und Terroristen – in die Hände spielen. Daher erleben Propaganda, Einschüchterung und Zensur eine regelrechte Renaissance.



Wichtige Verträge werden hinter verschlossenen Türen verhandelt. Die Öffentlichkeit erfährt nichts. Am 18. Oktober 2013 verkündeten EU- Kommissionspräsident José Manuel Barroso und der kanadische Premierminister Stephen Harper feierlich den Abschluss eines umfassenden Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada. In einem solchen Abkommen geht es meist um weitreichende Rechte, die Staaten einander gewähren. Es beschneidet in der Regel die Rechte der Konsumenten und begünstigt internationale Konzerne. Selbst einen Monat später wollte die EU-Kommission nicht sagen, was nun eigentlich beschlossen wurde. Gleichzeitig bekamen die großen Anwaltskanzleien, die die Interessen der Unternehmen vertreten, ausreichend Zeit, um die Vereinbarungen gegen möglichen Widerstand aus der Bevölkerung abzusichern.

Die Verhandlungen über das noch weitreichendere Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) werden unter strengster Geheimhaltung geführt. Die Bürger sollen nicht erfahren, welche ihrer Werte geschützt bleiben und welche verhöhrt werden. Ein im November 2013 bekannt gewordenes Strategiepapier belegt, dass die EU die Verhandlungen unter der Decke halten will. Sie forderte die Mitgliedstaaten auf, für positive Berichte in den Medien zu sorgen.

Die Plünderer im Zeitalter der Globalisierung arbeiten sehr gezielt an der Verschleierung ihrer Absichten. Sie lassen die Welt so komplex erscheinen, um die Bürger zu täuschen. Weil sich der Staat in Bereiche einmischt, von denen er nichts versteht und die auch nicht zu seinen Kernaufgaben gehören, geraten die Politiker in die Abhängigkeit von „Experten“. Doch die „Experten“ sind keine unabhängigen Fachleute. Sie verdienen mit ihren Ratschlägen viel Geld. Je komplexer eine Lösung, um so besser für die Berater. Sie verwirren Politik und Öffentlichkeit gleichermaßen mit vielen Kunstbegriffen und Fremdworten. Ihr Ziel ist es, die Politiker von sich abhängig zu machen. Sie profitieren von der Oberflächlichkeit der Politiker, die glauben, sich zu jedem Thema äußern zu müssen – gleichgültig, ob sie etwas davon verstehen.

Vor der Abstimmung über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), mit dem der deutsche Steuerzahler für knapp 200 Milliarden Euro Garantien abgeben musste, schilderte eine hochrangige Abgeordnete des Deutschen Bundestages das Dilemma: „Wir müssen uns mit solch komplexen ethischen Fragen wie der pränatalen Implantationsdiagnostik beschäftigen – wie wollen wir da die Zeit finden, uns auch noch in Wirtschaftsfragen einzulesen? Das ist schließlich eine sehr komplizierte Materie.“

Die Materie ist nur deshalb so kompliziert, weil die Staaten in Bereichen wildern, in denen sie nichts verloren haben. Wer einmal versucht hat, mit einem der vielen Berufspolitiker über die Folgen von Zentralbankentscheidungen zu diskutieren, weiß: Die Unwissenheit wird nur noch vom Unwillen übertroffen, sich sachkundig zu machen.

So fällen komplett Ahnungslose, die auf die Einflüsterungen jener angewiesen sind, die der Staat eigentlich zu kontrollieren hätte, gesellschaftliche Entscheidungen mit weitreichenden Folgen. Die Mitwirkung der Bevölkerung wird auf einen Formalakt reduziert.



Die Bürger tappen im Dunklen, weil sich viele Medien entweder mit taktischen Wortspenden abspeisen lassen, oder von den neuen Technologien intellektuell überfordert sind. Ein gutes Beispiel sind die Börsenberichte der meisten TV- und Radiosender. Obwohl 80 Prozent aller Aktien heute über Computer gehandelt werden, halten die Sender die Fiktion vom menschlichen „Händler“ aufrecht. Sie erwecken den Eindruck, als säßen in der Frankfurter oder der New Yorker Börse viele smarte junge Trader, die auf Meldungen warten – etwa die neuesten Konjunkturzahlen – um diese zu interpretieren und zu bewerten.

Die Realität ist ganz anders: Vielfach sind es ausgefeilte Algorithmen, die auf abstrakte Formeln reagieren. Wie wir eingangs gesehen haben, sind es Mathematiker und Informatiker, die die Märkte bewegen. Es sind die „Algos“, wie die Algorithmen genannt werden, die „handeln“. Menschen spielen hier nur noch insoweit eine Rolle, als sie die Computer programmieren, die dann die Arbeit erledigen. Es geht um Sekundenbruchteile, in denen sich entscheidet, ob man mit einem Aktienkauf – man müsste eigentlich eher Wette sagen – Gewinn oder Verlust macht. Händler zahlen an den Börsenplätzen viel Geld, damit ihre Server möglichst nahe an den Börsen-Servern stehen können. Jede Tausendstelsekunde zählt.

Der kleine Anleger wundert sich, dass er selbst mit gutem Sachwissen nicht zu den Siegern gehört. Er bittet Vermögensberater und Anlageexperten um Rat. Oft ist man geneigt, die Beteiligung der „kleinen Leute“ bei bestimmten Anlageformen wie etwa den berühmten Schiffsfonds als schlichte Gier zu interpretieren. Den Anlegern wird vorgeworfen, sie seien selbst schuld, wenn sie ihr Vermögen in riskante Produkte gesteckt hätten.

Doch das ist nur die halbe Wahrheit: Wegen der niedrigen Zinsen suchen die Anleger Hilfe bei Experten und werden direkt in die Arme der Plünderer getrieben. Den Weg dazu hat die Politik der Finanzindustrie geebnet.

Tatsächlich ergeht es den einfachen Anlegern nicht anders als den Regierungen. Sie werden von jenen „beraten, die an ihnen verdienen wollen. Selbst die kleinen Verkäufer der gefährlichen Produkte wissen nicht, was sie ihren Kunden da eigentlich andrehen.

Wegen der maroden Staatsfinanzen wurde den Bürgern erklärt, dass sie künftig zu einem großen Teil selbst für das Alter Vorsorge tragen müssten: Die so genannte Riester-Rente wurde zu einem Modell, von dem vor allem die Versicherungskonzerne und Finanzdienstleister profitierten. Für die meisten Bürger ist das Geschenk an die Finanzwirtschaft, das sogar den Namen eines ehemaligen Bundesarbeitsministers trägt, ein Flop. 15,6 Prozent aller Deutschen haben sich von einer unheiligen Allianz von Politik und Finanzindustrie in die Falle locken lassen.

Aber irgendwann kommt das böse Erwachen. Die Vermögen und Anlagen sind verschwunden oder geschrumpft. Die Faust in der Tasche geballt, suchen die enttäuschten Kleinanleger nach einer „simplen Erklärung“ für den Betrug, dem sie aufgesessen sind. Anleger, die den Verlust ihres Investments nicht der eigenen Sorglosigkeit oder gar Zockermentalität zuschreiben wollen, sind auf der Suche nach dem Schuldigen. Keiner will sich eingestehen, dass er bei seiner Geldanlage weniger Sorgfalt angewandt hat als beim Kauf eines neuen Staubsaugers oder eines Smartphones. Jeder Verlierer sucht einen Sündenbock.



An dieser Stelle erodiert die Demokratie auch von unten. Die Anleger wurden um ihre Ersparnisse geprellt, während die Regierenden mit dem Geld der Steuerzahler jongliert haben. Die doppelt betrogenen Bürger müssen aufbegehren.

Und so sehen wir erste politische Bewegungen, die auf ihre Chance gelauert haben und dazu beitragen, die Demokratie weiter zu schädigen.

Die italienische Bewegung der „Forconi“ (Mistgabeln) wurde von sizilianischen Bauern gegründet, um gegen die Regierung in Rom zu protestieren. Als die Demonstrationen in Italien im Dezember 2013 ihren Höhepunkt erreichten, sagte einer der Anführer in einem Interview: „Italien muss wieder frei werden. Wir müssen uns von jenen befreien, die uns unterjochen.“

Als der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdogan im Sommer 2013 durch die Gezi-Park-Proteste unter Druck geriet und die türkische Lira abstürzte, sagte er, die wirtschaftlichen Turbulenzen seien das Werk der internationalen „Zins-Mafia“.

In Griechenland treibt eine echte rechtsradikale Partei, die „Goldene Morgenröte“, ihr Unwesen. Die Parteimitglieder tragen Nazi-Uniformen, tyrannisieren Migranten.

Im slowakischen Banska Bystrica gewann im November 2013 der erklärte Roma-Hasser Marian Kotleba mit seiner „Volkspartei – Unsere Slowakei“, deren politisches Programm im Wesentlichen aus menschenverachtender Ideologie besteht, die Wahl zum Regionspräsidenten.

Bei der Parlamentswahl in Ungarn errang die antisemitische Jobbik-Partei Anfang April einen spektakulären Wahlerfolg.

Auch die Nazis schafften ihren Durchbruch in einer Zeit, in der eine Volkswirtschaft durch Schulden und Inflation an den Rand der zivilisierten Existenz getrieben wurde und wie sehr die rassistischen Nazi-Eliten und Helfer in Wirtschaft und Gesellschaft davon profitiert haben, dass die Deutschen wirtschaftlich am Boden lagen und daher nur zu bereit zur Jagd auf einen Sündenbock waren.

Diese gefährliche Entwicklung wird von den Anhängern der Globalisierung, TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und TISA „Trade in Services Agreement“ verschwiegen.

In der Ukraine, deren Zerfall selbstverständlich auch durch die Schuldenpolitik aller Regime beschleunigt wurde, forderte ein Rabbiner während der Unruhen im Februar 2014 seine Gemeindemitglieder auf, Kiew und das Land zu verlassen. Er befürchte eine Jagd auf die Juden durch den gefürchteten Rechten Sektor und die Swoboda-Partei - beide sind Teil der Übergangsregierung, die von der EU unterstützt wird.



Radikale politische Bewegungen werden dann stark, wenn demokratisch gewählte Regierungen die ihnen verliehene Macht zum Schaden der Bürger missbrauchen. Die Lage wird kritisch, wenn sich die Staaten nicht mehr als Garant von Freiheit und Gerechtigkeit verstehen, sondern über die hemmungslose Verteilung von leeren Versprechungen \*(Fiatgeld) die absolute Herrschaft über die Wirtschaft an sich reißen. Die Regierungen werden immer restriktiver in der Herausgabe von Daten, obwohl mehr Transparenz mit Hilfe von neuen Technologien möglich wäre.

So wird das in Norwegen bereits sehr erfolgreiche Konzept von „Open Data“ \*\* in Deutschland schon umgesetzt.

Der Mensch ist mehr als eine Nummer in einem Schuldensystem, das von einer Feudal-Elite kontrolliert wird. Die Reduktion allen menschlichen Handelns auf das Ökonomische führt zur Abschaffung des Menschen. Zu viele uneinlösbare Versprechen, ausgegeben als Billionen an Falschgeld, sprengen jedes Rechtssystem. Sie schaffen den globalen Unrechtsstaat und zerstören die Moral und das Gewissen des Einzelnen.

Doch auf dieses Gewissen kommt es an: Es ist die letzte Instanz für das Funktionieren einer freien und gerechten Gesellschaft. Nach wie vor gilt: eine freie Gesellschaft kann nur dann gut funktionieren, wenn freies Handeln von starken Moralvorstellungen geleitet wird. Es muss verhindert werden, dass diese Entscheidungsmöglichkeiten dazu missbraucht werden, die Freiheit und mit ihr die Grundlage aller moralischen Werte zu zerstören.

An diesem Punkt stehen wir heute. Angesichts der fortgeschrittenen Ausbeutung der Welt müssen viele einzelnen Widerstand gegen ein System leisten, das alle korrumpiert. Es flutet die Welt unaufhörlich mit Ozeanen aus Kredit und leeren Versprechungen – bis der Schwindel auffliegt. Was folgt, sind Revolutionen, Verteilungskämpfe, Chaos. Die Plünderung der Welt nimmt ihren Lauf.

Es muss schlimm um die Lage in der Euro-Zone stehen, wenn die Alternative zur Enteignung der Sparer der große Crash ist.

*\*Fiatgeld - (auch englisch Fiat money) ist ein Objekt ohne Wert, das als Tauschmittel dient. Das Gegenteil von Fiatgeld ist Warengeld, das z. B. als Tabak, Reis, Gold oder Silber neben dem äußeren Tauschwert auch einen Warenwert hat, der unabhängig von Regierungserlässen ist, solange damit bezahlt werden darf.*

*\*\* Open Data bedeutet die freie Verfügbar- und Nutzbarkeit von, meist öffentlichen, Daten. Sie beruht auf der Annahme, dass vorteilhafte Entwicklungen unterstützt werden wie Open Government, wenn Daten für jedermann frei zugänglich gemacht werden und damit mehr Transparenz und Zusammenarbeit ermöglichen.*



## **TISA: Was ist das?**

Am 19. Juni 2014 wurde ein Teil der geheimen TISA-Verhandlungen auf Wikileaks veröffentlicht. Dadurch wurde ein unglaublicher Plan von EU, USA und 22 anderen Regierungen bekannt: Eine beispiellose Privatisierungs- und Deregulierungswelle soll rollen. Die Verhandlungstexte sollen nicht nur bis zum Inkrafttreten des Vertrages geheim bleiben, sondern sage und schreibe fünf Jahre lang danach!

TISA heißt "Trade in Services Agreement" – zu deutsch Vertrag über den Handel mit Dienstleistungen. Und das bedeutet für uns:

- Die Banken haben sich die letzte Krise von den Steuerzahlern bezahlen lassen und wollen erneut zügellos spekulieren – es war zu schön das letzte Mal.
- Versicherungen wollen unsere soziale Absicherung immer weiter privatisieren, ein gutes Geschäft für Wenige – teure Fehlversorgung und soziale Not für Viele.
- Medienmogule wollen unabhängige und öffentlich-rechtliche Informationsangebote vom Markt drängen.
- Die den Geheimdiensten stets dienstbaren Internetkonzerne wie Facebook und Google wollen mit Informationen über uns ihr Geschäft machen – unbehelligt von Datenschutz und Transparenzgeboten.
- Konzerne wie Nestlé und Veolia haben ihren Traum von der Privatisierung unseres Wassers noch lange nicht ausgeträumt.

Alle diese Wünsche machen TISA wahr – wenn das Abkommen durchgesetzt wird.

Es ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten: Kaum ist TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) durch öffentlichen Widerstand in die Defensive geraten, wird ein neues geheimes Handels- und Investitionsabkommen im Verborgenen eingefädelt.

TISA stellt in Sachen Geheimniskrämerei alles bisher bekannte in den Schatten

Und das hat seinen Grund: Die EU, USA und 22 weitere Staaten bereiten Konzernen mit TISA den Boden für das ganz große Geschäft. Und das mit nie gekannter Geheimniskrämerei: Wie Verschwörer treffen sich die Verhandler heimlich in der australischen UN-Botschaft in Genf. Und was sie da fordern und sich gegenseitig anbieten, soll auch fünf Jahre nach Inkrafttreten noch niemand wissen.

Auf diese Weise wollen sich die Regierungen aus der Verantwortung stehlen. Niemand soll wissen, wie sie verhandelt haben, damit man sie nicht zur Verantwortung ziehen kann. Heimlich wollen sie die Interessen ihrer Bürger/innen für Konzerninteressen opfern.

**Dieser Plan darf nicht aufgehen!**